

Von Peter Dietzel

BANGLADESH



Das Volk in Bangladesh bezwingt das Militär

Übergangspräsident von der Opposition einmütig ernannt

Am 4. Dezember, um 22¹⁸ Uhr, hatte der Fernsehsprecher in einer Zwischenmeldung der englisch-sprachigen Nachrichten Bangladeshs kurz und lakonisch gemeldet: "Präsident Hossain Mohammad Ershad ist bereits zurückgetreten. Er bittet die Oppositionsparteien, einen Vizepräsidenten zu benennen, den sein Parlament am 8. Dezember bestätigen wird." Damit waren alle Forderungen der Opposition erfüllt. Sheikh Hasina und Khaleda Zia, die beiden Oppositionsführerinnen stimmten zum ersten Mal gemeinsam einer Bitte Ershads zu. Nach achtjähriger Regierungszeit war es zugleich seine letzte Bitte als Staatsoberhaupt. Eine Stunde später erschien die Meldung auch in den bengalisch-sprachigen Nachrichten. Überall in Bangladesh brachen Jubel und Siegesfreude aus: Millionen von Menschen strömten in der Hauptstadt Dhaka und in den Dörfern quer über das Land zusammen, um den "Sieg des Volkes" zu feiern, auf den die Oppositionsparteien seit Jahren hingearbeitet hatten. Bis zum endgültigen Fall der Regierung hatten ausländische Diplomaten in Dhaka denselben unerschütterlichen Glauben wie die Regierung selbst: "Diese Regierung wird sich nie und nimmer dem Druck der unfähigen Opposition beugen." Man hielt es für "völlig unrealistisch", daß das überprivilegierte Militär je das Heft aus der Hand geben würde. "Nur Macht Hunger, jedoch keine konstruktiven Programme zeichnet die Oppositionsbewegung aus", meinte bis zuletzt ein Botschafter eines der Hauptgebländer. Doch gegen Ende war die Regierung wohl weniger von sich selbst überzeugt als mancher ausländische Gesandte und im Land tätige Entwicklungsexperte. Tanzend und singend zog das Volk am 5. Dezember durch die Straßen, Polizei und Grenzschutz reichten der Bevölkerung die Hand. Gemeinsam fuhren sie in offenen Fahrzeugen durch die Stadt. Feuerwerke wurden entzündet. Wie bei Hochzeitsfesten übergossen sich die Begalen mit grellen Farben als Zeichen ihrer ausgelassenen Freude. Noch nie seit der Erringung der Unabhängigkeit von Pakistan im Jahr 1971 wurde ein Ereignis in Bangladesh in dieser Weise gefeiert. "Es ist wie eine zweite Befreiung, die wir feiern - diesmal von unserer eigenen Armee", faßte der Sozialarbeiter Osman Ghani die Empfindungen seiner Landsleute zusammen. "Doch heute haben wir den Sieg ohne Waffen errungen."

Parallelen zur "People Power" auf den Philippinen waren nicht zu übersehen: Diesmal in bengalischem Stil, "people's Victory", wie Sheikh Hasina den Triumph bezeichnete. Fragen der Realisierung der erworbenen demokratischen Freiheit stellte sich an diesem sonigen 5. Dezember kaum jemand in der jubelierenden Menge. In die Siegesfreude mischte sich jedoch Unsicherheit und Angst. Ein Coup extremer Kräfte innerhalb des Militärs wurde befürchtet. Andere malten sich in düsteren Farben eine "Räuberherrschaft des Volkes" aus, die mit Racheakten an den bisherigen Staatsverantwortlichen beginnen würde. Zentren der von Ershad gegründeten "Jatiya Party" wurden geplündert und Schilder mit dem Namen des Präsidenten abgerissen. Doch Sheikh Hasina hatte gleich zu Beginn der Freudenfeiern über die Medien aufgerufen: "Wendet keine Gewalt an! Rächt Euch nicht! Macht Euch gemeinsam an unsere großen Aufgaben. Gebt dem Militär keinen Anlaß, wieder einzugreifen!"

Tatsächlich wurde von den Freudenfeiern trotz der emotionalen Gestimmtheit keine Bluttat der Vergeltung bekannt. "Die Bevölkerung hat die Gewalt satt. Sie weiß heute: Gewalt bringt keine Frucht. Ershad ist der erste Präsident unseres Landes, der zurücktrat und nicht ermordet wurde", stellt der Schriftsteller Ahmed Sofa emphatisch fest. Auf dem Höhepunkt der Krise hatte Sofa das Komitee "Sampreeti and Human Rights" gegründet, in dem sich dreißig angesehene Persönlichkeiten zusammenschlossen, um der sich ausbreitenden Gewalt Einhalt zu gebieten. Die Mitglieder haben auf extreme Studentengruppen eingewirkt und die Minderheit der Hindus vor weiteren Übergriffen geschützt.

Wie beim Befreiungskampf 1971, so spielten auch jetzt die Studenten beim Widerstand gegen die Militärregierung eine entscheidende Rolle. Sie waren es, die zunächst die beiden - wie es schien unversöhnlich verfeindeten - Oppositionsführerinnen Sheikh Hasina und Khaleda Zia zum gemeinsamen Vorgehen gegen Präsident Ershad zwangen. Zugleich hat die Regierung selbst die Stärkung der Opposition und den eigenen Fall bewirkt. "Die Methoden des Regimes, das Volk gegeneinander aufzuwiegeln, wurden raffiniert und verdeckt angewandt. Ausländische Kreise glaubten bis zum Schluß, die Sündenböcke für die achtwöchigen Unruhen, die bis zum totalen Stillstand der Nation führten, seien allein bei den Oppositionsparteien zu suchen", erklärt Sozialarbeiter Nasrudin. Vizepräsident Moudud Ahmed hatte stets beschwichtigend erklärt, daß es sich "bei den Unruhestiftern um notorische Störenfriede handelt, die der Regierung bekannt sind, und die sie sicher in der Hand hat." Für die Studenten stand jedoch fest, "daß die Regierung selbst mit notorischen Kriminellen zusammenarbeitet und durch bezahlte Schlägertrupps das Volk aufwiegelt."

Am 31. Oktober wurden von der Regierungspartei auf skrupellose Weise Überfälle auf Hindu-Familien und die Zerstörung von Tempeln organisiert. "Erschüttert stand ich vor der Ruine des Ramakrishna-Tempels in der Altstadt Dhakas. Nur tierische Instinkte können Menschen zu solchen Schandtaten treiben", klagte eine Diplomaten-Ehefrau. Auf diese Weise, so hieß es, wollte die Regierung auf Gewalttaten von Hindus in Indien reagieren. In Wirklichkeit wollte sie von ihren eigenen Problemen ablenken. Von da an nahmen die Unruhen von Tag zu Tag zu. Von der Opposition gewaltsam auferlegt, folgte ein Generalstreik auf den anderen. Viele Fahrzeuge, auch von Ausländern, wurden beschädigt oder verbrannt. Die Regierung versuchte nochmals, die gefährliche Situation skrupellos für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Sie setzte eine terroristische Studentengruppe, die sie zuvor ins Gefängnis geworfen hatte, auf freien Fuß und "kaufte" sie sich als eigene Schlägertruppe. Die sonst gespaltenen Studenten, die den Trick durchschaute, vereinigten sich gegen die "killer-group". Verstreute Schießereien begannen. Die Zahl der Todesopfer stieg täglich. Aufgrund dieser Ereignisse sah die Regierung am 27. November ihren letzten Verweilungsakt als gerechtfertigt an: Die Ausübung des Ausnahmezustandes. Das Zivilrecht wurde außer Kraft gesetzt, lange Ausgangssperren wurden verhängt. Breite Schichten der Bevölkerung

kündigten nun ihren Widerstand an. Professoren, Journalisten, Rechtsanwälte und Ärzte traten in unbegrenzten Streik. Trotz des Ausnahmezustandes gingen Menschen zu Protestaktionen auf die Straßen, worauf die Streitkräfte mit dem Einsatz von Schusswaffen reagierten. Nach Angaben aus Menschenrechtskreisen stieg die Zahl der Todesopfer auf insgesamt 80, über 600 Menschen wurden verletzt. Angst breitete sich aus, daß das Land vom Militär in einen Bürgerkrieg getrieben werden könnte.

Von englischer, amerikanischer und japanischer Seite kamen Warnungen, nicht jedoch von deutscher. Der englische High Commissioner Colin Imray kritisierte die Regierung Ershad am 2. Dezember öffentlich und machte weitere finanzielle Unterstützung von einem Kompromiß mit der Opposition abhängig. Es ist nichts davon bekannt, daß die deutsche Botschaft ein Statement abgegeben hätte. Wie zu erfahren war, hatten die Botschafter der Eg-Staaten Anfang November Ershad auf die Gefahren des Ausnahmezustandes hingewiesen.

Am Abend des 3. Dezembers wandte sich Präsident Hossain Mohammad Ershad an das Volk. Er wies auf seine außerordentlichen Leistungen hin und gab zugleich seine Bereitschaft bekannt, freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abhalten zu lassen. Er sei bereit, sein Amt zwei Wochen vor Ablauf der Nominierungsfrist für Präsidenten-schaftsbewerber an eine von der Opposition zu ernennende Person zu übergeben. Das wären rund sechs Wochen vor einem Urnengang, da die Nominierungsfrist für Kandidaten dreißig Tage vor der Wahl abläuft.

Ershad kündigte seine Kandidatur für das Präsidentenamt an. Diese Kompromißangebot wurde von der Opposition rundweg abgelehnt; es sei schlicht ein Trick, mit dem sich Ershad die Macht erhalten wolle.

Tags darauf, als der Gehrätskribän, teilte der Fernsehsprecher die letzte Entscheidung und damit den Rücktritt des Präsidenten mit. Menschenmengen umzingelten den Flughafen, um Ershad an einer Flucht zu hindern.

"Unser Volk hat erneut bewiesen, daß es fähig ist, sich gegen eine autoritärere Regierung zu erheben", erklärte College-Direktor Giasuddin. "Wir Bengalen haben viele Schwächen, aber wir lassen nicht zu, daß man allzulange mit uns spielt und so tut, als sei das Volk Luft."

Binnen kürzester Zeit einigte sich das Oppositionsbündnis auf einen Übergangspräsidenten, auf den Obersten Richter des Höchsten Gerichts Shahabuddin Ahmed. Für bengalische Verhältnisse ungewöhnlich überraschend schnell, früher als angekündigt, wurde ihm bereits am

6. Dezember die von Ershad unterschriebene Regierungsvollmacht in Anwesenheit ranghoher Militärs und des diplomatischen Corps übergeben. Zum ersten Mal sah man bei diesem Anlaß die beiden Oppositionsführerinnen nebeneinandersitzen. Das Vertrauen, das dem Übergangspräsidenten entgegengebracht wird, kam auch in den Ehrerbietungsweisen aller Oppositionsparteien und des Militärs zum Ausdruck.

Als Shahabuddin Ahmed nach seiner Ernennung aus dem Präsidentenpalast heraustrat, wurde er von jubelnden Studenten empfangen.

Auf direktem Weg führten sie ihn zum Märtyrerdenkmal in der Hauptstadt, das an den Sprachenaufstand 1952 und den Befreiungskampf 1971 erinnert. Mit dieser Geste zeigte er die Kontinuität der jeweils von den Studenten angeführten Befreiungsbewegungen des Landes auf.

In seiner ersten Ansprache kündigte der Übergangspräsident an, alles daranzusetzen, damit der Frieden im Land wieder hergestellt wird und faire Wahlen innerhalb von 90 Tagen stattfinden können.

Die für bengalische Verhältnisse außergewöhnliche Demonstration der Einmütigkeit war auch bei den immer noch anhaltenden Siegesfeiern auf den Straßen und plätzender Städte zu spüren.

Spontan wurden alle Bezeichnungen in der Hauptstadt geändert, die an den vorigen Präsidenten erinnern. So wurde das "Ershad-Tor"

umbenannt und heißt jetzt "Tor der Freiheitskämpfer". Nur ganz vereinzelt kam es zu persönlichen Racheakten an Mitarbeitern des ehemaligen Regimes, bei denen zwei Menschen getötet wurden.

Bangladesh steht nach 19 Jahren Unabhängigkeit in der Entwicklung des Landes nach wie vor am Anfang. Analphabetentum, Arbeitslosigkeit und Landlosigkeit der Bauern haben in hohem Maße zugenommen.

"Die abgetretene Regierung hat viele Millionen erschaffen, aber den Lebensstandard der Armen nicht verbessert", so der Schriftsteller Ahmed Sofa. Ausländische Entwicklungshilfe wurde teilweise in kritischer Kollaboration mit der Regierung oder in Anpassung an die korrupten Verhältnisse eingesetzt. Doch es waren auch ausländische Regierungen und Organisationen, die sich ernsthaft mit der Wiltkür des Regimes auseinandergesetzt haben und Initiativen des äinfachen Volkes, Selbsthilfe für die kleinen Leute, gefördert haben.

Für manche der kleinen Entwicklungsorganisationen, die starken Repressionen ausgesetzt waren, bot die internationale Solidarität eine hilfreiche Rückendeckung.

Eine neue Regierung steht vor nahezu unlösbaren Aufgaben. Zunächst wird von ihr ein klares Entwicklungsprogramm erwartet, das die Menschen des 110 Millionen Einwohner zählenden Landes, von denen 60 Prozent unter der Armutsgrenze leben, real auf Besserung hoffen läßt.